

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 8,75 fl.
monatlich 3 fl. In den Ausgaben mit monat. 2,75 fl.
Bei Postbezug vierteljährlich 9,33 fl., monat. 3,11 fl. Unter Streifband in Polen
monat. 5 fl., Danzig 3 Gulden. Deutschland 2,5 Reichsmark. — Einzelnummer 20 fl.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung, Arbeitsniedersetzung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Vertragszeitraum: 1925. Vertragszeitraum: 1925.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonzeile 20 Groschen, die 90 mm
Deutschland 20 bzw. 100 Goldfl., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Plakat-
vorrichtung und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
spätestens am bestimmten Tage und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postcheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 198.

Bromberg, Sonnabend den 29. August 1925.

49. Jahrg.

Aus dem Wortlaut der französischen Note.

Die französische Note an Deutschland liegt uns nun mehr im vollen Wortlaut vor. Da die gestern von uns mitgeteilte Inhaltsangabe der Poln. Telegr.-Agentur dem sachlichen Gehalt der Note im großen und ganzen gerecht wird, geben wir hier nur denjenigen Teil der Note im Wortlaut wieder, der einzelne wichtige Teile derselben präziser zum Ausdruck bringt. Der wichtigste Teil des 1. Abschnittes lautet danach:

I.

Mit Besiedigung hat die Französische Regierung festgestellt, daß die Deutsche Regierung nicht beabsichtige, den Abschluß eines Sicherheitspaktes von einer Änderung der Bestimmungen des Friedensvertrages abhängig zu machen.

Jedoch lehnt die Deutsche Regierung zweimal die Ausmerksamkeit darauf, daß die Möglichkeit gegeben sei, die bestehenden Verträge auf dem Wege der Vereinbarung neuen Verhältnissen anzupassen, wobei sie auch auf gewisse Bestimmungen der Völkerbundssatzung hinweist. Ebenso bringt sie den Gedanken einer Änderung des Okkupationsregimes in den Rheinlanden in Anregung.

Frankreich ist sich bei seiner Achtung vor den internationalen Verpflichtungen der Vertragsbestimmungen, auf welche die deutsche Note anspielt, durchaus bewußt und hat nicht die Absicht, sich irgendeiner Bestimmung der Völkerbundssatzung zu entziehen. Es erinnert aber daran, daß diese Satzung in erster Linie auf der gewissenhaften Achtung vor den Verträgen beruht, die die Grundlage des öffentlichen Rechts Europas bilden, und daß sie für den Eintritt eines Staates in den Völkerbund die aufrichtige Absicht der Innehaltung seiner internationalen Verpflichtungen zur ersten Bedingung macht.

In Übereinstimmung mit ihren Alliierten ist die Französische Regierung der Ansicht, daß weder der Friedensvertrag, noch die Rechte, die nach diesem Vertrage Deutschland und den Alliierten aufstehen, beeinträchtigt werden dürfen. Ebensoviel wie der Vertrag dürfen auch die Garantien für seine Durchführung oder die Bestimmungen, welche die Anwendung dieser Garantien regeln und in gewissen Fällen ihre Erleichterung vorsehen, durch die in Aussicht genommenen Abmachungen geändert werden.

Wenn die Note vom 16. Juni hervorgehoben hat, daß der Sicherheitspakt „weder die Bestimmungen des Vertrages über die Besetzung des linken Rheinufers noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinlandabkommen festgesetzten Bedingungen berühren darf“, so befagt das, daß Frankreich, so sehr es auch bereit ist, die schwedenden Verhandlungen in liberalem Geiste und mit friedlichen Absichten fortzuführen, nicht auf seine Rechte verzichten kann. Im übrigen wiederholt Frankreich zu seinem Teile die bereits von den Alliierten abgegebene Erklärung, daß sie die Absicht haben, sich gewissenhaft an ihre Verpflichtungen zu halten.“

Der II. Teil der Note, der den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund betrifft, ist von uns gestern in erschöpfer Weise wiedergegeben, so daß es sich hier erübrigkt, auf den Wortlaut zurückzugehen.

Aus dem Teil III. heben wir die folgenden wichtigen Stellen hervor:

III.

„Die Deutsche Regierung hat hinsichtlich der Art und der Tragweite der Schiedsverträge, die zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien als Signatarmäkte des Rheinpaktes, sowie den anderen Deutschland benachbarten Signatarmächten des Versailler Vertrages andererseits abzuschließen sein würden, Vorbehalt gemacht, die den obligatorischen Charakter dieser Schiedsverträge nach dem Muster der von Deutschland bereits mit einigen seiner Nachbarn abgeschlossenen Schiedsverträge einswählen würden. Diese letzteren Verträge sehen in allen Fällen die Anrufung einer ständigen Vergleichskommission vor; aber die schiedsgerichtliche Regelung im eigentlichen Sinne erstreckt sich, wenn sie auch auf die meisten Fälle Anwendung findet, nicht auf die wichtigsten Fälle, nämlich die politischen Fälle, also gerade diejenigen, die zum Kriege führen könnten.“

Dadurch würden die im ersten deutschen Memorandum vom 9. Februar 1925 ins Auge gefaßten Bestimmungen, die den Abschluß von Schiedsverträgen zur Sicherstellung einer friedlichen Lösung der politischen, sowie der rechtlichen Konflikte ins Auge sahen, in bedenklicher Weise eingeschränkt werden. Nach Ansicht der Alliierten wäre ein auf diese Weise eingeschränkter Schiedsvertrag, der sich nicht auf alle Streitigkeiten zwischen den einander benachbarten Ländern erstreckt, als Friedensgarantie ohne hinreichenden Wert, da er für Kriegsgefahren Raum lassen würde. Was wir vor allem wollen, ist das, daß unter den in der Note vom 16. Juni angegebenen Voraussetzungen jede neue Anwendung von Gewalt durch eine für alle Fälle obligatorische friedliche Regelung unmöglich gemacht wird. Der Grundatz eines derartigen Schiedsgerichtsobligatoriums ist nach unserer Ansicht die unerlässliche Bedingung für einen Pakt, wie ihn die Deutsche Regierung in ihrer Note vom 9. Februar vorgeschlagen hat.

Die von der Deutschen Regierung hinsichtlich der Garantierung eines Schiedsvertrages hervorgehobenen Befürchtungen können einer objektiven Prüfung nicht standhalten. Nach dem in Aussicht genommenen System entscheidet der Garant nicht frei und einseitig darüber, wer der Angreifer ist. Der Angreifer bezeichnet sich selbst durch die bloße Tatsache, daß er, anstatt sich auf eine friedliche Lösung einzulassen, zu den Waffen greift oder eine Verleugnung der Grenzen oder, am Rhein, der demilitarisierten Zone begeht. Es liegt auf der Hand, daß der Garant, der das größte Interesse daran hat, derartige Verleugnungen von der einen anderen Seite zu verhindern, beim ersten Anzeichen einer Gefahr nicht unterlassen wird, zu diesem Zweck seinen ganzen Einfluß geltend zu machen. Im übrigen wird es nur von den einander benachbarten Nationen selbst abhängen, daß dieses Garantiesystem, das zu ihrem gegenseitigen Schutz geschaffen wird, nicht zu ihrem Nachteil in Funktion tritt. Was das System der Garantierung eines Schiedsvertrages anlangt, so geht es unmittelbar von einem Gedanken aus, der von der Völkerbundversammlung auf ihrer letzten Tagung in Genf als

mit dem Geiste der Satzung übereinstimmend anerkannt worden ist.

Es erscheint nicht unmöglich, Bestimmungen zu formulieren, die das Funktionieren der Garantie (gleichviel, wer der Garant ist, und gleichviel, ob sich die Garantie auf die Grenze oder auf die Schiedsgerichtsprechung bezieht), der Art der Verleugnung, den Umständen des Falles und dem durch die unmittelbare Anwendung der Garantie erforderlichen Grade der Schnelligkeit anpassen. In diesem Sinne könnte man untersuchen, ob es nicht möglich wäre, Mittel und Wege in Aussicht zu nehmen, um die Unparteilichkeit der Entscheidungen sicherzustellen, ohne der Unmittelbarkeit und Wirksamkeit der Garantie zu schaden.

Zusammenfassend kann die Französische Regierung gegenüber den drei wesentlichen Punkten der deutschen Note vom 20. Juli 1925, in Übereinstimmung mit ihren Alliierten und ohne sich der rechtmäßigen Anwendung irgendeiner Bestimmung der Völkerbundssatzung entziehen zu wollen, nur ihre vorstehenden Bemerkungen über die Notwendigkeit einer gewissenhaften Achtung vor den Verträgen bestätigen. Sie ist nicht berechtigt zur Erörterung der Fragen, die sich auf die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund beziehen, und über die sich der Völkerbundrat ausgesprochen hat. Endlich gibt sie sich der Hoffnung hin, daß die in Aussicht genommenen Garantien in Formeln gebracht werden können, die gerecht und vernünftig sind und zugleich mißbräuchliche und ungerechtfertigte Auslegungen und Anwendungen ausschließen.“

Den Schluß der Note bildet, wie schon berichtet, die Einladung an Deutschland, mit den Alliierten in Verhandlungen zu treten.

Eine halbamtliche deutsche Stimme zur Note.

Die „Deutsche diplomatisch-politische Korrespondenz“, die dem Reichsaußenministerium nahesteht, führt zur neuen Sicherheitsnote Briands u. a. folgendes aus:

„Sachlich bringt die Note keine formulierten Konzessionen in den Hauptfragen, die durch die deutsche Note vom 20. Juli aufgeworfen worden sind. Aber sie bemüht sich offensichtlich, die Bedenken zu zerstreuen, die deutscherseits vor allem in bezug auf drei Punkte: Das Verhältnis eines künftigen Pakts zu den bestehenden Verträgen, die Frage der Schiedsverträge einschließlich derjenigen ihrer Garantierung und die Frage des Eintritts in den Völkerbund, aufgeworfen worden waren.“

Zu dem ersten Punkt ist an verschiedenen Stellen der neuen Note das französische Bedürfnis nach allseitiger Achtung vor den internationalen Verpflichtungen der bestehenden Verträge unterstrichen worden, und es wird gegenüber dem Gedanken einer Änderung des Besitzungsregimes in den Rheinlanden erklärt, daß durch die in Aussicht genommenen Abmachungen weder der Friedensvertrag noch die für seine Durchführung festgesetzten Garantien und Bestimmungen geändert werden dürfen.

Demgegenüber ist festzustellen, daß auch ein weitgehendes Verständigen der deutscherseits ausgesprochenen Erwartungen keinerlei Änderung bestehender Verträge oder ihrer Durchführung dienenden „Garantien“ notwendig macht. Im Gegenteil sind gerade die hier angedeuteten Möglichkeiten im Rahmen des Versailler Vertrages (z. B. durch Artikel 481) und der Völkerbundssatzung (Artikel 19) durchaus gegeben. Es handelt sich also nur darum, die gegebenen Möglichkeiten in dem wiederum an verschiedenen Stellen der Note und gerade mit Bezug auf diese Fragen zugesicherten liberalen Geiste zu benutzen.“

Nach dieser Richtung hin bringt der erste Teil der Note ein nicht unwesentliches Zugeständnis in der Interpretation einer besonders schroffen Stelle der vorigen französischen Note vom 16. Juni, wonach Frankreich den Passus, „daß der Sicherheitspakt weder die Bestimmungen des Vertrages über die Besetzung der rheinischen Gebiete, noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinlandabkommen festgesetzten Bedingungen berühren darf“, lediglich als die Feststellung aufgefaßt wissen will, daß es nicht auf seine Rechte verzichten kann, sich seinerseits gewissenhaft an seine Verpflichtungen halten will und im übrigen den Begriff „berühren“ offenbar als „nicht ändern“ auflegt.

In der Frage des Völkerbundeneintritts wird neuerdings unterstrichen, daß der Eintritt Deutschlands als die „einzige dauerhafte Grundlage einer gegenseitigen Garantie und eines europäischen Abkommens“ angesehen wird. Es wird auch nicht versucht, den deutschen Bedenken entgegenzutreten, die sich aus seiner eigenen Abrüstung inmitten eines militärisch auf höchste Gerüste Europa und aus der möglichen Anwendung der Bestimmungen des Artikels 18 der Völkerbundssatzung ergeben haben. Vielmehr wird lediglich darauf hingewiesen, daß Deutschland innerhalb des Bundes, nach vollzogenem Eintritt, von seinem Rechte Gebrauch machen kann, nach dem Beispiel anderer Staaten seine besonderen Wünsche zu vertreten, ohne aber ihnen durch die Vertretung dieser Wünsche „von außen her“ den Charakter von „Bedingungen“ zu geben.

Eine Zufrage, ihrerseits innerhalb des Bundes solchen berechtigten Wünschen Unterstützung zu leisten, bringt die Note nicht, dagegen reagiert sie auf die deutschen Hinweise, wonach der Präambel zu den Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages, der Verpflichtung zur allgemeinen Abrüstung bisher nicht genügt worden ist, mit der Behauptung, daß das Fehlen der Sicherheit, die in der deutschen Mitgliedschaft beim Völkerbunde liegen würde, seither das Hindernis für die allgemeine Abrüstung gebildet habe. Diesem Gedankengang wird man kaum beipflichten können — schon allein deshalb nicht, weil man anfanglich ja eine von Deutschland angeführte Mitgliedschaft selber abgelehnt hat. Es liegt aber in dieser Erklärung immerhin das bedeutsame Eingeständnis, daß die allgemeine Abrüstung mit dem Eintritt Deutschlands ein aktiver Beratungsgegenstand, eine der ersten Aufgaben des Bundes werden soll.

In bezug auf die Schiedsgerichts- und Garantiefrage, die den größten Teil der Note einnimmt, vermeidet das Schriftstück die Rettung von Polen und der

Tschechoslowakei und sucht den in diesem Zusammenhang deutscherseits besonders beachteten Begriff der Garantie allgemein und grundsätzlich zu klären.

Die Note mendet sich gegen die Einschränkung der Schiedsmöglichkeiten auf rechtliche Konflikte und gibt von den Gedankengängen des Generals Protocols aus, um die Natur eines etwaigen Angreifers zu definieren.

Gegenüber der vorigen Note, die das deutsche Wort „Austragung“ fälschlich mit „dienst“ wiedergegeben hatte, wird diesmal als Aufgabe des Schiedsverfahrens, gleichfalls abweichend von der deutschen Formulierung, „solution“, Lösung, gesagt. Und als Ziel für solche Verfahren wird angegeben, jede neue Anwendung von Gewalt sollte durch eine für alle Fälle obligatorische Friedliche Regelung unmöglich gemacht werden.“

Gegenüber den deutschen Einwendungen gegen das System der Garantierung wird zugestanden, daß man über Mittel und Wege reden könne, um die Unparteilichkeit der Entscheidungen sicherzustellen, um mißbräuchliche und ungefährliche Auslegungen und Anwendungen auszuschließen.

Die Ausführungen der Note gipfeln in einer Einladung, die von der französischen Regierung in Übereinstimmung mit ihren Alliierten ausgeprochen wird, in eine Verhandlung einzutreten. Da ausdrücklich die Fortsetzung auf dem Wege des Notenwechsels als unüblich bezeichnet wird, so sind damit mündliche Verhandlungen gemeint.

Die Bemühungen, die in Form und Inhalt der vorliegenden Note deutlich erkennbar sind, die berechtigten deutschen Bedenken nicht dialektisch, sondern auch durch den Hinweis auf vermeintlich gangbare Wege und durch die Erklärung der Bereitschaft zur Liberalität und zum Entgegenkommen zu zerstreuen, sind in dieser Beziehung ermutigend.

Sind auch in den Einzelfragen wesentliche und sachliche Bedenkmöglichkeiten in dem vorliegenden Schriftstück nicht enthalten, so ist die Auffassung zulässig, daß Vertragsparteien eines geplanten Abkommens in dem Augenblick, in dem sie sich zusammen an den Verhandlungstisch setzen wollen, zunächst ihre beiderseitigen Thesen unverändert mitbringen, ohne daß damit die Absicht ausgedrückt zu sein braucht, sie im Verlauf dieser Verhandlungen und vor den Argumenten der Gegenseite nicht abändern.“

Die deutsche Antwort

auf die neueste französische Note ist, wie schon mitgeteilt, bereits nach Paris abgegangen; es unterliegt keinem Zweifel, daß die Reichsregierung die Einladung zunächst zu der Konferenz der Sachverständigen annimmt. Wie es heißt, soll die Konferenz bereits am Montag in London beginnen. Von deutscher Seite ist als juristischer Sachverständiger Ministerialdirektor Dr. Gauß in Aussicht genommen.

Reichskanzler Dr. Luther, der seit seinem Eintritt in das Reichskabinett als Finanzminister noch keinen zusammenhängenden Urlaub gehabt hat, wollte gestern (Donnerstag) einen mehrwöchigen Urlaub antreten. Reichsaußenminister Dr. Stresemann tritt seinen Urlaub am Sonnabend an.

Die Konferenz der Außenminister erst Ende September oder Anfang Oktober

Berlin, 27. August. PAT. Morgen wird der Kanzler Luther seinen Urlaub antreten, von dem er erst in der zweiten Septemberhälfte zurückkehren wird. Bis zu dieser Zeit wird also in Sachen der Konferenz, auf der der Sicherheitspakt beprochen werden soll, von Deutschland nichts unternommen werden können. Die für Mitte September in Aussicht genommene Konferenz der Außenminister kann wegen des Urlaubs des Kanzlers in dieser Zeit nicht stattfinden. Diese Konferenz könnte frühestens Ende September oder Anfang Oktober stattfinden. In diesem Falle ist es für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund im Laufe der bevorstehenden Tagung schon zu spät.

Die Bekanntgabe der deutschen Antwort

Paris, 27. August. PAT. Der deutsche Botschafter von Hoesch händigte Herrn Briand die deutsche Antwort auf die französische Note in Sachen des Sicherheitspaktes ein. Die Veröffentlichung der Antwort erfolgt am Sonnabend früh gleichzeitig in Paris und London.

Eine Erklärung des Kriegsministers General Sikorski

Warschau, 27. August. PAT. Im Zusammenhang mit einem Artikel des „Nasz Przeglad“ vom 27. 8. 25 überzeichnet „Rücktritt des Premierministers Grabski“ veröffentlicht das Kabinett des Kriegsministers das Folgende:

Die Gerüchte über die Konferenz des Ministerpräsidenten Grabski mit dem Kriegsminister General Sikorski entsprechen ganz und gar nicht dem tatsächlichen Stand der Dinge. Die Konferenz des Ministerpräsidenten mit dem Minister Sikorski betraf lediglich allgemein staatliche und speziell militärische Fragen. Die Nachricht, als ob General Sikorski seinen Beiritt zur Partei Piast angemeldet hätte, ist ohne jegliche Grundlage. General Sikorski hat niemals seinen Beiritt zu irgend einer Partei angemeldet, und nimmt auch nicht im geringsten teil an dem parteipolitischen Leben. Das ist übrigens durchaus natürlich, da er als Offizier des aktiven Dienstes gemäß dem Gesetz vom 28. 3. 23 über die grundsätzlichen Pflichten und Rechte der Offiziere keiner Partei, die politische Zwecke verfolgt, angehören kann.

Der Bloth-Kurs.

Warschau, 27. August. PAT. Infolge der Nachrichten, die durch einige ausländische Blätter verbreitet und in einem Teil der polnischen Presse wiedergegeben worden sind über eine Anleihe, die die Bank Polska mit der Federal Reserve Bank in New York abgeschlossen hätte, teilt die Bank Polska mit, daß es tatsächlich gelungen sei, eine erhebliche Kredithilfe von dem größten amerikanischen Institut zu erlangen und daß diese Hilfe ausschließlich zur Sicherung des Bloth-Kurses verwandt werden wird. Zur teilweise

Realisierung des Kredits hat die Bank Polski in den letzten Tagen auf dem Londoner Markt eine erhebliche Menge Gold erworben und deponierte es in der English Bank, wo durch der Kredit gefestigt werden soll. Das hergegebene Gold hört indessen nicht auf, Eigentum der Bank Polski zu sein.

Warschau, 27. August. PAT. Mit dem Moment, wo die Bank Polski aufgehört hat, Auslandsvaluta ohne Einschränkung abzugeben, indem sie sie nur für den unerlässlichen Bedarf der Regierung und der Industrie für Zwecke der Ein- führung von Rohmaterial reservierte, mussten sich naturgemäß auf dem Weltmarkt höhere Preise für Valuten bemerkbar machen, da diese Exporteure ihren Bedarf in der Bank Polski ganz zu decken nicht in der Lage waren. Größere Valutazwischenmärkte werden auf den Auslandsbörsen erlangt durch Verkauf von Auszahlungen auf Warschau zu mehr oder weniger einheitlich festgesetzten Tagespreisen, während für geringere Summen die Valutasuchenden auf dem freien Innenmarkt die verschiedensten Preise, in den meisten Fällen höhere als die Auslandskurse gezahlt haben. In der Absicht, diese Unzuträglichkeiten zu ändern, hat die Bank Polski heute mit dem Kauf und Verkauf der Valuten an den entsprechenden Auslandspreisen begonnen. Dank dem hat der an der Warschauer Börse notierte Kurs dazu beigetragen, einen einheitlichen Kurs im ganzen Lande festzuhalten.

Wien, 27. August. PAT. Die "Neue Freie Presse" stellt fest, daß auf den internationalen Märkten eine weitere beträchtliche Besserung des Zlotykurses eingetreten ist. Es war dies hauptsächlich die Folge der hartnäckigen Kürzerendenden Gerichte über eine Anleihe; dann hat die polnische Industrie der Bank Polski im Hinblick auf Ultimo eine Menge ausländischer Valuten zur Verfügung gestellt, und endlich waren Käufe zu Hause Spekulationen wahrnehmbar. Der Umsatz in polnischen Zloty hat sich in bemerkbarer Weise verstärkt. Der Zloty holte vom Freitag vorheriger Woche mehr als die Hälfte seiner Verluste ein. Das Disagio beträgt jetzt kaum 7½–8 Prozent im Verhältnis zu den 17 Prozent der vergangenen Woche.

Warschau, 27. August. PAT. Heute macht sich auf den Auslandsbörsen ein weiteres Steigen des Zlotykurses bemerkbar, wobei der Kurs in Danzig 98½ erreichte, während der Zloty in der verflossenen Woche 82 und gestern 91 notiert wurde. Auf dem heimischen Markt war ein großes Angebot von Devisen wahrnehmbar, so daß der Kurs des Dollar im Verkehr zwischen den Banken und an der Börse mit 5,80 feststand, während er noch gestern 5,85 betrug.

Mossul.

Bon Thomas J. Wellman-Konstantinopel.
Die "Orientalische Frage" hat Jahrzehntelang die Welt beunruhigt und die Regierungen Europas gar manches Mal an den Abgrund blutiger Kriege gebracht, die meistens nur mit Mühe verhindert werden konnten. Der Weltkrieg, der in seinem Verlaufe alle möglichen Völkerfragen aufgewühlt hat, sollte bei seiner Liquidierung auch dieser "Orientalischen Frage" ein Ende bereiten. Jedentfalls hoffte man so. Die nötigen Schritte waren dazu schon vor dem Kriege unternommen worden. Mittler im Schlachtenlärm verhandelte man bereits hierüber, galt doch vieles hiermit Zusammenhängendes als Einsatz der Beteiligten. Die Lösung bestand einfach in der Aufteilung des Osmanischen Reiches, was hernach auch tatsächlich geschehen ist. Doch hat man sich gründlich geirrt. Früher hat es nur eine orientalische Frage gegeben; heute gibt es deren ebensoviel wie die Zahl der Staaten, die aus dem unermesslichen Gebiete des Halbmondes herausgeschnitten worden sind. Eine bedeutende Stelle nimmt unter ihnen die Mossul-Auseinandersetzung ein.

Wenn mir die Bedeutung Mossuls und Mesopotamiens bekannt gewesen wäre, so hätte ich sie Ihnen niemals zugestanden!" rief Clemenceau auf einer Sitzung im Jahre 1919 erregt Lord Georges entgegen. — Doch selbst, wenn Herr Clemenceau dieses vorher gewußt hätte, so würden sich die Engländer davon durchaus nicht haben beeinflussen lassen. Auf Mossul und Mesopotamien haben sie seit langem ihr Augenmerk gerichtet. Lord Curzon erklärte kurz vor seinem Ableben ganz offen, auf Mossul zu verzichten, sei gegen die nationale Ehre Englands. Unermüdlich haben die Engländer um diese Länder geworben, mit Gold, mit diplomatischen und Kriegswaffen. Gewisse Kreise Großbritanniens haben hierfür unerhörte Summen à fonds perdu verausgabt, und auch sonst ist nichts unversucht geblieben. Abgesehen von den politischen und strategischen Punkten, liegt der Wert dieser asiatischen Landstriche vor allem in den Naphtha und Petroleumquellen, deren Reichum ohne Grenzen sein soll.

Der Friede von Sevres schien Großbritannien den Besitz der ersehnten Petroleumquellen gesichert zu haben. Aber die Siege Kemal Paschas, die gänzliche Veränderung des orientalischen politischen Horizontes, die eigenartigen Wandlungen in der Haltung der alliierten Mächte haben dem Foreign Office einen Strich durch die Rechnung gemacht. Angora beansprucht aufs energischste die Provinz Mossul, woran seinerzeit die Friedenskonferenz zu Lausanne mehrfach zu scheitern drohte. Damals griff man zu einem Notbehelf: Die Mossulfrage wurde mit einigen anderen Problemen beiseite gestellt; man unterzeichnete die Friedensakte und vereinbarte, hierüber auf einer späteren Konferenz eine Einigung zu erzielen, oder es auf ein Plebisit unter der Aufsicht des Völkerbundes ankommen zu lassen.

Die besondere Konferenz wurde denn auch am Goldeinen Horn anberaumt. Die Downingstreet sandte als Delegierten Sir Percy Cox. Vom Beginn der Verhandlung an zeigte es sich, daß dem Vertreter Londons gar nicht daran gelegen war, eine Einigung herbeizuführen. Nach einem längeren Schleppmanöver erklärte schließlich Sir Cox, er sehe, daß man sich nicht verständigen könne, weshalb man sich auf Grund des Lausanner Vertrages (1. Teil – Territoriale Klausel – Art. 3) dem Entschluß des Völkerbundes unterwerfen müsse. Inzwischen aber gingen Englands Agenten in Mesopotamien ans Werk. Alles wurde zu Gunsten eines für Großbritannien günstigen Aussalls des Plebisites vorbereitet. Die neu gebildeten Könige der arabischen "selbständigen" Reiche Irak, Hedschas usw. halfen dabei, konnten aber trotzdem nicht verhindern, daß große Massen der Bevölkerung dem englischen Regime abhold waren und während der Abstimmungen auf Seiten der wirtschaftlichen Freiheit versprechenden Angora-Regierung traten. Die Völkerbundskommission, die sich aus dem Schweden Wirzen, dem belgischen Obersten Paulus und dem Ungarn Telekt zusammensetzt, zu denen von türkischer Seite Dschewad Pascha delegiert wurde, scheint während ihres Aufenthaltes im sittlichen Gebiet nicht die erwünschte Bewegungsfreiheit gehabt zu haben, was besonders von den türkischen Delegierten gilt. Überall standen ihnen britische Soldner im Wege. Trotz aller Gewaltakte der fremden Machthaber konnten aber zahlreiche Stimmen gegen Albion und für die Türkei abgegeben werden, so daß allgemein angenommen wurde, der Bericht der Völkerbundskommission würde zugunsten Angoras aussfallen. Schon versuchten Lord Birkenhead und Sir Ronald Lindley, der britische Gesandte in Konstantinopel, durch direkte Verhandlungen mit den Türken eine Regelung der Mossulfrage herbeizuführen. Das gelang ihnen allerdings nicht. Man warte also geduldig auf den Bericht des Ausschusses und seine Besprechung, die im September dieses Jahres stattfinden soll. Ende Juli ist der Bericht schließlich durch das Völkerbundsekretariat in Genf der türkischen und englischen Regierung übermittelt worden. Doch bevor er noch im Besitz Angoras war, wurden schon Teile des Berichtes entgegen den vorher ge-

troffenen Vereinbarungen, in der Londoner "Times" veröffentlicht. Diese Indiskretion, die viel Staatsaufgewirbeln hat, wird wohl keine weiteren Folgen zeitigen. Doch hat sie eine äußerst unangenehme Wirkung auf die in Betracht kommenden Regierungen ausgeübt, insbesondere auf Angora, das stets bemüht ist, korrekt zu handeln und gegebene Versprechen zu halten. Wie verläuft, soll der Bericht jedenfalls niemanden befriedigen. Er soll in der Art der delphischen Oracle abgesetzt sein und ein sehr zweideutiges Urteil gefällt haben.

Die türkische Regierung hat den Ereignissen nicht müßig zugeschaut. Sie sammelte fleißig Material, um die Richtigkeit ihres Standpunktes der Welt darzulegen. Das angekündigte "Rote Buch" ist erschienen und in seiner Art eine Verteidigungsschrift ersten Ranges für die türkische Sache. Aber es dürfte sehr fraglich sein, ob heutzutage genügend Gewicht auf Rechte und Gerechtigkeit gelegt wird, und ob Albion auf dergleichen Rücksicht zu nehmen gedenkt. Von jeder begehrte man in London eine Brücke, die von Ägypten nach Indien reichen soll. Diese Brücke – Arabien und Mesopotamien – darf nicht direkt von türkischen Landen begrenzt werden. Man hoffte, ihre Sicherheit durch einen kurdischen Pufferstaat zu gewährleisten. Seitdem man diesen Gedanken fallen lassen mußte, kann Großbritannien in der Mosulfrage nicht nachgeben, wie aus einem Artikel der "Times" vom 9. Juli (Die Zukunft Mossuls und die Grenze von Irak) deutlich hervorgeht. Dazu sprechen auch die Bodenschätze eine zu beredte Sprache, und die "Asiatic Petroleum Company" wird ihre Hintermänner in London und New York sowie in Genf nicht schlafen lassen.

Andererseits handelt es sich aber für die junge antolische Republik um eine Lebensfrage. Für sie bedeutet das Petroleum gleichfalls etwas sehr Begehrliches, das zur Hebung des durch lange Kriege erschöpften Landes beträchtlich beitragen könnte. Der Schwerpunkt liegt jedoch vor allem in der Sicherheitsfrage. Mossul ist der wunde Punkt im Osten, der auf keinen Fall in den Händen Englands gelassen werden darf. – Wohin wird die Mossul-Angelegenheit führen? Welche Rückwirkungen wird sie in Mitteleuropa ausüben?

Sejmarschall Rataj über die Lage.

Sejmarschall Rataj hielt eine Pressekonferenz ab. Es wurden ihm verschiedene Fragen über aktuelle Probleme vorgelegt. Zur Wirtschafts- und Finanzfrage Polens sagte der Sejmarschall, daß er nach seinem Urlaub beim Premier und beim Vorsitzenden der Bank Polski, Herrn Karpiński, zur Orientierung Informationen eingeholt habe. Man habe ihm mitgeteilt, daß eine Reihe von Maßnahmen zur Hebung des Zlotykurses gesetzt worden seien. Dieses Ziel sei jetzt verwirklicht. Marschall Rataj sagte, daß die gegenwärtige Lage keinen Anlaß zum Alarm gebe und fuhr fort: Glückliche taktische und finanzielle Schritte, von denen ich noch nicht reden darf, haben bestreitbare Resultate gezeigt und es besteht die Aussicht, daß der Zloty zur Parität auf den Auslandsbörsen zurückkehrt und die Wirtschaftslage Polens sich erheblich verbessert. Die Journalisten stellten auch Fragen über die Kabinettsgerüchte der letzten Tage. Hierzu erklärte Rataj, daß die Auffstellung von Kabinettskombinationen bei den wirtschaftlichen Schwierigkeiten schädlich sei. Man befindet sich auf dem Höhepunkt der Bataille und theoretisch könnte ein Regierungswechsel nur vor der Schlacht oder nach ihr eintreten. Zum Schluss sagte der Sejmarschall noch, daß er von Kabinettswechseln nichts wisse.

Warum die polnische Regierung den Bau eines Fischereiaufschlags einer Danziger Firma übertrug.

Warschau, 25. August. PAT. Auf Grund einer Notiz in der "Rzeczpospolita" vom 8. d. M. unter dem Titel "Bau eines polnischen Fischereiaufschlags in Danzig" erklärt das Landwirtschaftsministerium, daß es, als es an die Frage des Baues eines Aufschlagsfahrzeuges für das Fischereiamt herantrat, gezwungen war, den Bau einer Danziger Firma zu übertragen, und zwar aus technischen wie aus finanziellen Gründen. An der polnischen Küste haben wir bisher keine Werft, die imstande wäre, ein Schiff zu bauen, das sich zum Aufschlagsdienst eignet. Die in Potsdam bestehende militärische Werft hat z. B. nur offene Schiffe, die sogenannte Werft in Gdingen, die auf einem Terrain arbeiten, das ihr zeitweise von dem Hafenvorstand abgetreten worden ist, besitzt keine entsprechenden technischen Vorrichtungen und auch keine fachliche Leitung und entsprechendes Personal. Und sie gab auch dem Ministerium keine Bürgschaft dafür, daß die Bestellung gut ausgeführt würde. Deshalb wurde die Werft in Gdingen aus den Angeboten ausgeschlossen, da der Bau unter den für den Staatschatten günstigsten Bedingungen vergeben werden mußte. Ein Beweis dafür, daß die Zurückhaltung des Ministeriums hinsichtlich der Gdingener Werft richtig war, ist die Tatsache, daß das Terrain, das der Werft zeitweise überlassen worden war, für die Hauptmole bestimmt war und gegenwärtig mit Sand aufgeschüttet ist, unter dem verschwunden sind.

Conrad von Hötzendorf †.

Wien, 26. August. Der Feldmarschall Conrad von Hötzendorf ist gestern nachmittag 5 Uhr in dem württembergischen Bade Mergentheim im 74. Lebensjahr an einem Gallenleiden und Herzschwäche gestorben.

Franz Conrad von Hötzendorf, am 11. November 1852 als Sohn eines Husarenobersten in Posen bei Wien geboren, trat 1870 in die Theresianische Militärakademie ein, kämpfte dann als junger Offizier an der Südgrenze des Reiches, und hatte später hohe Kommandostellen in Galizien und Tirol inne. 1906 wurde er Generalstabshof, 1911 durch Intrigen verdrängt, 1912 aber auf Betreiben des Thronfolgers Franz Ferdinand erneut berufen. Seine Bemühungen um die Verstärkung der Wehrmacht blieben gleichwohl infolge der Abreise der Delegationen gegen erhöhte Rüstungsausgaben auf halbe Erfolge beschränkt. So war denn die Monarchie bei Kriegsausbruch dem Anprall der russischen Massen nicht gewachsen. An diese Fehlschlüsse knüpft auch die militärische Kritik gegen Conrad an; es wird heute, so urteilt im "Tag" ein Fachmann über ihn, noch nicht möglich sein, ein objektives Urteil über den Feldherrn Conrad zu bilden; soviel ist aber sicher, daß die Angriffe gegen ihn das Wesentliche nicht treffen und seiner Feldherrnkunst nicht gerecht werden, die an den ungerechtfertigten Mitteln schetterte. Nach dem Tode des alten Kaisers stellten sich sofort Neubürgungen Conrads mit Kaiser Karl ein, der in überschwelligster Weise über die Maßnahmen des Generalstabshofs urteilen zu können glaubte und sich selbst von Schmeicheln als großen Heerführer feiern ließ. Am 2. März 1917 legte Conrad sein Amt nieder, um das Oberkommando in Tirol zu übernehmen.

Amerikanischer Druck auf Frankreich.

New York, 26. August. Amtliche Erklärungen lassen keinen Zweifel darüber, daß Amerika entschlossen ist, zur Herbeiführung der Schuldenverhandlungen allerhärtesten Druck auf Frankreich auszuüben. Die belgischen Schulden-

verhandlungen seien von den französischen grundverschieden. Frankreich könnte keinerlei Vorrechte eingeräumt werden, es könnte auch keinerlei Vorrechte aus dem Versailler Vertrag beanspruchen. Der Versailler Vertrag bindet übrigens Amerika in keiner Weise. Amerika würde sich gegenüber Frankreich von keinerlei gefühlsmäßigen, sondern von rein geschäftlichen Erwägungen leiten lassen. Amerika sei überzeugt, daß Frankreich in der Lage sei, seine Schuld in 26 Jahren abzuzahlen und außerdem das Kapital mit 3 bis 3½ Prozent zu verzinsen.

Frankreichs Schulden an England.

London, 26. August. PAT. Die Reuteragentur erfährt, daß die englische Regierung den Schatzkanzler Churchill ermächtigt hat, der französischen Regierung den endgültigen Vorschlag in Sachen der Regulierung der französischen Kriegsschuld zu unterbreiten. Nach diesem Vorschlag soll Frankreich diese seine Schuld in 62 Jahren zu 12½ Millionen Pfund Sterling abzahlen. Diesen Vorschlag wird Caillaux seiner Regierung unterbreiten.

London, 27. August. PAT. Caillaux erklärte Pressevertretern, daß er bei seinen Besprechungen mit Churchill sich bemüht habe, für Frankreich ein teilweises Moratorium bis zum Jahre 1930 zu erlangen, und daß er dazu das Einverständnis des Schatzkanzlers Churchill erlangt habe.

Polenfeindliche Kundgebung der französischen Kommunisten.

Paris, 26. August. Die französischen Kommunisten haben angekündigt, daß sie am kommenden Freitag vor der polnischen Botschaft eine Kundgebung veranstalten wollen gegen die Hinrichtung der drei Kommunisten. Die polnische Botschaft veröffentlicht in der Presse eine Darstellung, wonach die Betreffenden als Verbrecher nach gemeinem Recht und nicht als Kommunisten verurteilt worden seien. Die Regierung hat ein Verbot der Kundgebung mitgeteilt. Die Kommunisten erklären aber, trotzdem ihr Vorhaben ausführen zu wollen. Die polnische Botschaft und das polnische Konsulat werden zwar nicht aufsäfftig, aber doch bemerkbar von Polizeibeamten bewacht. Gestern schon kam es zu einer Kundgebung vor dem polnischen Konsulat. Die Kommunisten suchten unter dem Gesang der Arbeiterhymne einzudringen, wurden aber von der Polizei mit dem Revolver in der Hand zerstreut. (AÖL. Zeitg.)

Republik Polen.

Schluss der Parlamentssession Mitte September.

Der Premierminister Grabowski hielt Montag und Dienstag Konferenzen mit dem Sejmarschall Rataj ab. Hierbei wurde beschlossen, den Sejm in der zweiten Septemberhälfte wieder zusammenzutreten zu lassen. Der Senat wird seine erste Sitzung schon am 12. September abhalten. Zuwendung wird der Senat die Agrarreform beraten.

Der neue amerikanische Gesandte in Warschau.

Warschau, 26. August. (Eig. Drahtbericht.) Der neue amerikanische Gesandte der Vereinigten Staaten von Amerika, Stefson, ist in Warschau eingetroffen. Minister Stefson stattete heute dem Außenminister Skrzynski seinen Antrittsbefehl ab. Sein Besuch beim Ministerpräsidenten Grabowski musste infolge der Erkrankung Grabowskis hinausgeschoben werden. Der neue Gesandte wird dem Staatspräsidenten am Sonnabend seinen Antrittsbefehl machen.

Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen?

Gegenüber den Presseberichten, die von einer bevorstehenden Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wissen wollen, ist, wie reichsdeutsche Blätter melden, festzustellen, daß bereits beim Auseinandergehen der beiderseitigen Delegationen ein erneutes Zusammentreffen am 16. September vereinbart war. Es dient zunächst jedoch lediglich der Feststellung, ob eine Fortführung bzw. Wiederaufnahme der Verhandlungen möglich ist, für die deutschseitig das letzte Angebot bisher noch aufrechterhalten wurde; es müßte also von polnischer Seite neuerdings zu diesem Angebot Stellung genommen werden, wenn die vereinbarte Zusammenkunft zu einer Fortführung der Verhandlungen Gelegenheit geben sollte.

Professor Morawski †.

Krakau, 26. August. Gestern starb hier der Präsident der polnischen Akademie der Wissenschaften und Professor an der Jagiellonischen Universität, Dr. Kazimierz Morawski. Morawski wurde im Jahre 1882 in Turku in Posen geboren. Seine Universitätsstudien beendigte er in Berlin. Professor Morawski war bei der letzten Wahl des Staatspräsidenten neben Herrn Wojciechowski Kandidat für diesen höchsten Posten im Staate.

Deutsches Reich.

Hindenburg bei Ludendorff?

Reichspräsident v. Hindenburg wird am heutigen Freitag, wie der "Völksliche Kurier" mitteilen weiß, Gast des Generals Ludendorff sein. Es sollen dazu noch andere Gäste, darunter einige Dienstgefährten, geladen werden. Dazu wird einer Nachrichtenagentur aus dem Büro des Reichspräsidenten mitgeteilt, man sei dort über die privaten Dispositionen des Reichspräsidenten, der sich gegenwärtig in Begleitung seines Adjutanten, nämlich seines Sohnes, des Majors v. Hindenburg, befindet, nicht unterrichtet.

Aus München, 27. August, meldet die PAT: In diesen Militärfreien kündigt das Gerücht, daß Reichspräsident Hindenburg nach einer persönlichen Begegnung mit dem früheren bayerischen Thronfolger Rupprecht von neuem in dem Konflikt zwischen ihm und Ludendorff verwickelt wird.

Gerhart Hauptmanns Sohn im auswärtigen Dienst.

Der "B. B." zufolge wird Gerhart Hauptmanns Sohn aus zweiter Ehe, Benvenuto Hauptmann, am 1. Oktober dieses Jahres als Attaché in den Dienst des Auswärtigen Amtes treten.

Rundschau des Staatsbürgers.

Beschränkungen bei Übertragung von Valuten ins Ausland.

Auf Verlangen des Finanzministeriums hat die Generaldirektion für Post und Telegraphenwesen eine Bestimmung erlassen, daß ab 26. d. M. die Übertragung von polnischen und ausländischen Valuten ins Ausland sowie nach Danzig durch die Post in Briefen, Überweisungen oder Schecks, ohne Rücksicht auf die Höhe der Summe, nur noch mit Genehmigung der zuständigen Finanzämter möglich ist. Der Bestimmung unterliegen nicht die früheren deutschen Mark, russischen Rubel, sowie Sowjetzettwonec.

Bromberg, Sonnabend den 29. August 1925.

Pommerellen.**Die pommerellische Seefischerei im Juni.**

Der amtliche Monatsbericht des Landwirtschaftsministeriums bezeichnet die Juni-Fischfänge als ganz unbedeutend. Es erschien vornehmlich Flundern und in bescheidenen Schwärmen auch Heringe und Makrelen.ale, Dorsche und Hechte wurden in einem Umfang gefangen, der die gewöhnliche monatliche Menge nicht überschritt. Die Fischräuchereien arbeiteten nur schwach. Tätig waren kaum 12. In ihnen wurde nur in einem oder zwei Öfen geräuchert und auch nur wenige Tage des Monats.

Die Fischer verloren im Juni Fischgeräte im Werte von 600 zł.

Nach den Feststellungen des Seefischereiamtes in Neustadt waren an der ganzen pommerellischen Küste im Vorjahr 9450 Stellnehe im Gebrauch, davon im Bezirk Hela, der die Fischereidörfer Hela, Pütziger und Danziger Heisternecker umfasst, allein 5990 Stellnehe. Für den Lachs- und zum Teil auch für den Flunderfang finden Haken ausgiebige Verwendung, insgesamt 700 000 bis 900 000 Stück. Im allgemeinen fällt ein Zusammenschrumpfen der Fischgerätemengen auf, das auf das Verarmen der kleineren See-fischer zurückzuführen ist, die nicht in der Lage waren, ihre verbrauchten Vorräte während der Entwertungszeit — und während der folgenden geldarmen Flotyzeit erst recht — zu ergänzen.

Der Gesamtwert allen an der pommerellischen Seeküste benutzten Fischereigeräts ist auf 424 200 zł zu veranschlagen. Das darin aufgegangene Kapital ist ähnlich gleichmäßig auf die Fischereidörfer verteilt. So besitzt die Gemeinde Hela Geräte für 120 000 zł, die nicht ganz 30 Prozent des Ganzen ausmachen. Gdingen hat ein Vermögen von 85 000 zł darin investiert (etwa 20 Prozent), während auf die übrigen Fischerdörfer etwa 50 Prozent entfallen.

Aus diesen amtlichen Feststellungen, wie aus der Übersicht der Motorboote und der Einnahmen der einzelnen Fischerkolonien, erhebt, daß in Hela und Gdingen die Handarbeit langsam durch die Maschinenkraft ersetzt wird.

28. August.

Graudenz (Grudziądz).

* Ein verlustreiches Versehen. Auf dem Mittwoch-Wochenmarkt verlor eine Zuckerwarenverkäuferin ein Täschchen mit 40 zł. Sie hatte einige Täschchen mit abgewogenen Bonbons bereitgestellt, in einem aber den genannten Betrag verwahrt; dieses letztere hat sie aus Versehen einem Käufer (anstatt Bonbons) für 30 gr übergeben.

* Diebstahl. Aus der Wohnung des Feldwebels Fr. Jerka, Lipowa (Lindenstr.) 86, wurden Mittwoch nachmittag eine silberne Uhr, ein Medaillon, 100 Zigaretten und 10 zł Bargeld gestohlen. Der Dieb hat in den unverschlossenen Spinden befindliche wertvollere Sachen zum Glück unberührt gelassen.

Vereine, Veranstaltungen &c.

Klebertafel Graudenz. Dienstag, den 1. September 1925, beginnen die regelmäßigen Übungsstunden. Pünktliches Erscheinen aller Sänger ist dringend notwendig, da Mitte September das Sommerfest stattfindet.

(10163)

Thorn (Toruń).

* Zur Stadtverordnetenwahl. In der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch wurde für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen zum Wahlvorsteher der Bezirksrichter Staszynski, und als Vertrauensleute (Beisitzer) die Stadtverordneten Gordon, Buchholz, Doehn und Barauski gewählt.

Thorn.**Erste Thorner Hutfabrik**

ul. Lazienna (Baderstr.) 20, gegenüber d. Johanniskirche.

Umpressen aller Arten von Damen-, Herren- u. Kinderhüten nach den neuesten :: Herbst- u. Wintermodellen :: die bereits eingetroffen sind.

Mäßige Preise! Mäßige Preise!

Ludwik Swigoń.

9588

Bevor sie Ihre Wintersachen kaufen
informieren Sie sich bitte bei mir über Qualitäten
und Preise.

Reelle Bedienung!
Billige Preise!

M. Hoffmann, Toruń
(früher S. Baron) Szewska 20.

Große Auswahl in sämtlichen
Anzug-, Mäntel- u. Kleiderstoffen
Wäschelineen, Inlets, Bettbezugstoffen
Gardinen, Barchenten.

Großes Lager in Kurzwaren wie:
Strümpfe, Handschuhe, Trikotagen
sämtliche Herren-, Damen- u. Kinder-
wäsche usw.

Große Sendung Damen Hüte eingetroffen.

Bon der Reise zurück
Zahnarzt Davitt

Toruń, Strumylowa 2, 10187

Drucksachenin geschmackvoller Ausführung,
zu billigen Preisen.H. Dittmann, G. m. b. H., Bromberg,
Wilhelmstraße Nr. 16.**1 Lastauto**Marke M. M. M., 3 Tonn.
z 3500,-**1 Lastauto**Marke Whiete, 2 Tonn.
z 3000,-**1 Personenauto**Marke Mercedes,
Limousine, z 4000,-
stehen zum Verkauf.**E. Niemenschneider,**Toruń, 10188
Mickiewicza 128.**Zu verkaufen:**1 Sofa, 2 Sessel (grün
Blüten), 1 Teppich, 1 Sofatisch,
1 Spiegel, 1 Mat-

morplatte, 1 Kleider-

schrank mit Schublade,
Betten u. and. Sachen.

Toruń, Zeglarza 12, II.

Besichtig. 3-5 nachm.

Jalousien
repariert sachgemäß
Schulz, Tapetenstr.,
Mose Garbarz 11, 10074

Inserieren
bringt Erfolg!

Rabierunterricht! Anmeld. nehmen
vom 31. Aug. ab
Entg. Margarete Bartel, Grudziądz
Lipowa (Lindenstr.) 32, Gartenh., pt.

10164

Neu! Neu!
Bitte ausschneiden!
**Das ideale
Rollwürfelspiel**

darf in keiner Familie, Hotel
oder Restaurant fehlen.

Versand unter Einschreiben gegen Ein-
sendung von 3- zl und 60 gr Porto,
zusammen 3.60 zł. Bei größeren Mengen
billiger.

10158

Schreiben Sie sofort an

Arthur Balzer
Chełmno.
Telefon 136.

Bereinsnachrichten, Geschäftsbekannt-
schaftungen und geschäftliche Mitteilungen
besonderer Art

für Graudenz u. Umgebung

gehören in die

Deutsche Rundschau
unter die neu eingerichtete Rubrik:

Bereine, Veranstaltungen usw.
Anzeigen-Annahme und Hauptvertriebsstelle
Arnold Kriedie, Buchhandlung,
Mickiewicza (Wohlmannstr.) 3.

Alle Ausgabestellen nehmen Interessenaufträge
entgegen.

Graudenz.**Stadtmission.**

Diesen Sonntag, nachmittags 2 Uhr:
Missions-Fest

in Tryl (Treul) bei unsrer Kapelle.
Friedredner: Herr Pfarrer Wolter.

Am 6. September ist nachm. 4 Uhr in unserm
Saal Ogrodowa (Gartenstraße) 9

Jahres-Fest.

Richard Hein
Grudziądz (Graudenz),
Rynek (Markt) 11. 10162

**Wäsche-Ausstattungs-
Geschäft**

eigene Anfertigung im Haus

2-3 möblierte Zimmer

mit Küchenanteil in besserem Hause von
jungem Ehepaar gesucht. Offeren unter
Nr. 6952 an die Geschäftsstelle d. Jtg. erbeten.

Liedertafel

:: Graudenz ::

Dienstag,
d. 1. Septbr. 1925

Übungsfunde.

Richtl. Nachrichten.
Sonntag, den 20. Aug. 25.

(12. n. Trinitatis).

Evangel. Gemeinde
Graudenz, Borm. 10
Uhr: Gottesdienst, Pfarrer
Jacob. Nachm. 3 Uhr:
Evangel. Arbeiterverein
Herberge zur Heimat. Die
Vielstunde am Mittwoch
fällt aus. Freitag, d. 4. 9.
nachm. 3 Uhr: Empfehlung
der Konfirmanden aus
beiden Bezirken in der
Evangel. Kirche.

